

ZUM BEISPIEL BADEN

Generalverdacht in der «sensiblen Zone»

Wie den Austausch zwischen Asylbewerbern und NachbarInnen fördern, wenn der dafür vorgesehene Treffpunkt von den Stadtbehörden zum Tabu erklärt wird? Bericht von absurden Vorgängen an einem Sonntag in Baden.

VON BENJAMIN VON WYL (TEXT) UND EVAN RUETSCH (FOTO)



Diese Köche versetzten eine SP-Stadträtin dermassen in Schrecken, dass sie gleich eine No-go-Zone ausrief.

Jeder stellt sich vor mit seinem Namen, seinem Herkunftsland – und dem Wichtigsten: seinem Lieblingsessen. So beginnt die Begegnungsveranstaltung «Baden isst. Grenzenlos» der Organisation Jass (Just a simple scarf), die sich für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft einsetzt. Schliesslich überschreitet das Lieblingsessen Länder- und Kulturgrenzen. Acht Gerichte werden an diesem Sonntag gekocht und gegessen, von AusländerInnen, SchweizerInnen und Asylsuchenden – darunter auch einige aus dem kantonalen Asylzentrum.

Etwa ein Drittel der rund sechzig Anwesenden ist zuvor gemeinsam durch den Schneeregen gegangen. Ein Spaziergang, keine Demo. Und doch ein Gang mit symbolischem Charakter. Seinen Anfang nahm er vor dem kantonalen Asylzentrum La Cappella im Badener Stadtquartier Kappelerhof – und führte hierhin, in die Grossküche auf dem Schulareal in Ennetbaden.

Vom Umgang mit Ängsten

Kappelerhof, «Kappi» genannt, ist ein Quartier, auf dessen kulturelle Vielfalt viele seiner BewohnerInnen stolz sind. Darunter auch die Quartiervereinspräsidentin, die sich in der aktuellen Ausgabe des Quartierblatts an ihre Kindheit und damit an die 1700 italienischen Gastarbeiter im Kappi erinnert. Fünfzig Jahre später reicht ein Asylzentrum für maximal hundert Bewohner, um einen Teil der QuartierbewohnerInnen aufzuwühlen. Vor allem Eltern von schulpflichtigen Kindern haben interveniert. Noch bevor Anfang September die ersten von mittlerweile 28 Asylsuchenden ins ehemalige Hotel La Cappella einzogen, waren die Schule und der Kindergarten Kappelerhof auf der anderen Strassenseite zur «sensiblen Zone» erklärt worden. Soll heissen: Die Bewohner – es sind alles Männer – des «La Cappella» werden angehalten, das Gebiet nicht zu betreten. Regula Dell'Anno-Doppler, SP-Stadträtin und just seit diesem Wahlsonntag Vizeammann, nennt das im Gespräch «einen pragmatischen Ansatz im Umgang mit den geäusserten Ängsten». Laut dem kantonalen Sozialdienst habe sich das auch schon an anderen Orten bewährt.

«Sensible Zonen» sind in der gesamten Schweiz schon seit längerem bekannt. Auch in Baden: Bis zur Schliessung des kantonalen Zentrums im unterirdischen Notspital Anfang dieses Jahres sollten die Bewohner gewisse Wege auf dem Spitalareal nur mit einer Begleitperson nutzen. Das Perfide an «sensiblen Zonen»: Sie sind meist über die Hausordnung des jeweiligen Zentrums geregelt. Jene Asylsuchenden, die gegenüber dem «La Cappella» in einer Wohnung leben, betrifft sie nicht.

2016 fand «Baden isst. Grenzenlos» noch auf dem Areal der Schule Kappelerhof statt.

Erst nach langem Suchen ist ein Plan auffindbar, auf dem die No-go-Zone eingezeichnet ist.

Auch dieses Jahr war der Anlass dort geplant – nun aber mit der Auflage, dass Jass die Bewohner des «La Cappella» auf dem Parkplatz vor der Unterkunft abholen und auch dahin zurückbringen müsse. Die VeranstalterInnen eines interreligiösen Friedensgebets hatten diese Auflage akzeptiert. Bei Jass hingegen wehrt man sich gegen solche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. «Wir wollen Begegnung unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus ermöglichen», sagt Judith Bühler von Jass. «Es wäre absurd, einige Teilnehmer anders zu behandeln. Das ist eine Prinzipienfrage.»

Dass der Begriff «sensible Zone» keine offiziell verbindliche Definition hat, ändert nichts daran, dass er das Grundrecht der Bewegungsfreiheit beschneidet. Das hielten diesen Herbst auch die Wissenschaftlerinnen Regina Kiener und Gabriela Medici in einer Schrift der Eidgenössischen Migrationskommission fest: «Ob aber eine Person eine Gefahr für Sicherheit und Ordnung darstellt, hängt nicht von ihrem Aufenthaltsstatus ab. Der Aufenthaltsstatus von Asylsuchenden ist deshalb (...) kein sachlicher Grund für eine Ungleichbehandlung.»

Versteckter Hinweis

«Sensible Zonen» stellen die BewohnerInnen eines Asylzentrums unter Generalverdacht. Selbst wenn sie – wie im «La Cappella» – den Bewohnern weniger bewusst zu sein scheinen als Behörden und besorgten Eltern. Die Medienstelle des Sozialdienstes behauptet zwar, jedem Betroffenen werde eine Karte ausgehändigt und persönlich erklärt, dass er das besagte Areal nicht betreten dürfe. Bei einem abendlichen Besuch in Begleitung einer Übersetzerin allerdings scheint es, als würde keiner der anwesenden Bewohner wissen, dass das nur hundert Meter entfernte Schulareal für sie eine No-go-Area ist. Erst nach langer Suche mit einem Bewohner ist ein entsprechender Hinweis auffindbar: ein Plan auf laminiertem Papier in der Lobby – darauf ist das Schulareal mit rotem Filzstift markiert.

Am Kochsonntag in Ennetbaden ist die Zone nur anfangs ein Thema. Danach geht es kulinarisch grundiert darum, einen Nachmittag auf Augenhöhe zu erleben. Vielleicht wird dieser Einschnitt in die Bewegungsfreiheit bald keine Rolle mehr spielen. Vor kurzem hat die Begleitgruppe des «La Cappella» Ausnahmen für Fussballtrainings und Deutschstunden beschlossen. Stadträtin Dell'Anno-Doppler betont: «Im August ging es darum, den Eltern zu vermitteln, dass man ihre Ängste ernst nimmt. Ich hoffe, dass in drei Monaten niemand mehr fragt, wo sich die Bewohner aufhalten.» Darauf kann man hoffen, ebenso auf die Einsicht: Diskriminierung baut keine Ängste ab, in Baden wie anderswo.

STUDENTINNENPROTESTE

Lange Nächte im Kampf gegen den Bildungsabbau

Schweizweit treffen Sparwellen auch die Bildung. Besonders in Basel gewinnt der Protest dagegen an Schwung. Jetzt wird der Uni-übergreifende Widerstand eingefädelt, doch der Gegner ist mächtig.

VON DAVID HUNZIKER

Der Aktivist aus Zürich könnte einem fast ein wenig leidtun. Der Bund spart bei der Bildung, deshalb will die ETH die Studiengebühren um 500 Franken jährlich erhöhen. Dagegen organisiert ein Grüppchen von fünfzehn bis zwanzig Leuten gerade den Widerstand. Doch man mache es ihnen an der ETH nicht leicht, erzählt der Student in einem Seminarraum der Uni Basel. Politische Organisation sei an der ETH grundsätzlich verpönt, von der StudentInnenorganisation VSETH würden die AktivistInnen sogar observiert und sabotiert. Doch dieser Tage ist nicht der Zeitpunkt für Pessimismus in der Bildungspolitik.

AktivistInnen aus Bern, Fribourg, Zürich und Basel haben sich hier Freitag letzter Woche zu einem Vernetzungstreffen zusammengesetzt. Wie auch in Lausanne, Genf und St. Gallen organisiert sich in diesen Städten Widerstand gegen Sparmassnahmen bei der Bildung und gegen die Erhöhung von Studiengebühren. Das Ziel der Vernetzung: eine schweizweite, zentral koordinierte Widerstandsbewegung von StudentInnen.

In den einzelnen Städten lief bereits einiges. Mitte November demonstrierten in Fribourg über 500 StudentInnen gegen eine Erhöhung der Gebühren um 35 Prozent, an der anschliessenden Vollversammlung nahmen 150 StudentInnen teil. An der Uni Bern wurde in diesem Frühling ein Ableger der linken Hochschulgruppierung «kritische Politik» gegründet, die es in Zürich schon seit über zehn Jahren gibt. Die Berner Gruppe war auch an der Organisation einer Demo mit über tausend Leuten vor zehn Tagen in Bern beteiligt, die sich gegen den Abbau bei der Bildung im Rahmen eines 185 Millionen schweren kantonalen Sparpakets richtete (siehe WOZ Nr. 47/17).

Besonders in Basel ist die Aufbruchstimmung spürbar. Das Vernetzungstreffen fand im Rahmen der Langen Nacht der Kritik statt, einer Veranstaltungsreihe mit Podien, Vorträgen und Workshops zu aktuellen Entwicklungen und kritischen Perspektiven in der Bildungspolitik. Die Reihe wurde letzten Herbst als linke Reaktion auf die jährlich stattfindende Lange Nacht der Karriere ins Leben gerufen. Diese ist eine Art Dating-Event für Unternehmen und StudentInnen, organisiert von Schweizer Unis und Fachhochschulen.

Dieses Jahr fand die kritische Version auch in St. Gallen, Bern und Basel statt. Am letzten Freitag machte Basel den Abschluss. Mit Erfolg: Rund 500 BesucherInnen nahmen an sechs Veranstaltungen teil.

Doch nicht nur das. Es traf sich, dass just am Morgen desselben Tages in Basel auch eine Bildungsdemo stattfand. Die war mit der Langen Nacht der Kritik zwar nicht direkt verbunden, wurde aber zum Auftakt eines regen Bildungskampftags. Die 300 Protestierenden reihten sich zunächst vor der Martinikirche auf, wo hohe FunktionärInnen und zahlreiche ProfessorInnen der Uni Basel vormittags feierlich zu einer Zeremonie im Rahmen des «Dies academicus» einliefen, und marschierten anschliessend durch die Stadt zur Uni. Der Demo hatten sich auch zahlreiche Basler GymnasiastInnen angeschlossen.

Rotstift aus Baselland

Die Situation der Uni Basel ist speziell. Als einzige Schweizer Hochschule wird sie seit 2007 von zwei Halbkantonen zu gleichen Teilen finanziert und geführt. Diese Vereinbarung wird ihr jetzt zum Verhängnis: Vom bürgerlich dominierten Landrat von Baselland kommen happige Sparforderungen. Je nach verabschiedetem Szenario fehlen der Uni in den nächsten vier Jahren zwischen 70 und 130 Millionen Franken. Am Erscheinungstag dieser WOZ tagt der Landrat in Liestal zu diesem Geschäft.

Wie gravierend die Situation in Basel ist, zeigte auch die Reaktion des ehemaligen Stadt-

basler Erziehungsdirektors Christoph Eymann, als Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei wahrlich kein Linker. Auf einem Podium an der Langen Nacht der Kritik begrüsst er die Proteste ausdrücklich – und schoss Giftpfeile in Richtung Baselland. Dort gebe es Politiker, die am liebsten auf die Inhalte der Uni Einfluss nehmen wollten: «Das ist die akut grösste Gefahr für diese Universität.» Die Forderung nach höheren Gebühren aus dem Nachbarkanton nannte er «provinziell».

Studiengebührverdoppelung

Zur Spardebatte nach Liestal reisen wollen auch die widerständischen StudentInnen aus Basel, den Plan dazu fassten sie gleich im Anschluss an die Demo auf dem Petersplatz vor dem Hauptgebäude der Uni. Anthea Nauer, Jus-Mitglied und Sprecherin der Vollversammlung, sieht die Bewegung im Aufwind. «Schon bei der ersten, von linken Jungparteien einberufenen Versammlung Ende September kamen siebzig Leute. Nun müssen wir dranbleiben, denn ob der Unirat Anfang Jahr eine Erhöhung der Gebühren beschliesst, hängt auch davon ab, wie viel Druck wir von unten aufbauen können.»

Etwas abseits der Vollversammlung auf dem Petersplatz stehen einige DoktorandInnen und StudentInnen vom Zentrum für Afrikastudien der Uni Basel, unter ihnen auch Winnie Kanyimba, Masterstudentin aus Namibia. «Es ist schade, dass viele ausländische StudentInnen sich nicht politisch engagieren», sagt sie, «immerhin wird gerade über eine Verdoppelung unserer Studiengebühren diskutiert.» Das Brisante daran: Weil die Direktzahlungen des Bundes an die Anzahl ausländischer StudentInnen geknüpft sind, könnte diese Massnahme unter dem Strich sogar zu weniger Einnahmen für die Uni führen.

Schwierige Vernetzung

Am Vernetzungstreffen haben die VertreterInnen der verschiedenen Unis einige Vorschläge gesammelt: eine gemeinsame Zeitung, koordinierte Aktionen, eine Plattform im Netz. Konkret ist zwar erst, dass sich die AktivistInnen wieder treffen, doch die Vernetzung entspringt einem gemeinsamen Bewusstsein: Schweizweit werden Bildungsinstitutionen durch Sparmassnahmen finanziell unter Druck gesetzt. Einfacher macht das einen landesweiten Widerstand nur bedingt. Obwohl die Tendenz überall die gleiche ist, sind die Umsetzungen und Terminpläne kantonal spezifisch. Der gemeinsame Goliath ist die hegemoniale Ideologie des Sparzwangs, doch die ist schwer greifbar.

Einfacher hatte es da die eindrückliche Protestwelle von 2009 – der Feind damals: die Bologna-Reform. Die Reform war erst drei Jahre zuvor in Kraft getreten, und so hatten sich die StudentInnen noch nicht damit abgefunden, dass akademische Leistung nun in einem Punktesystem quantifiziert und die Bildung generell verschult wurde. Im Zuge der Mobilisierung gegen Bologna war es an mehreren Schweizer Unis und in ganz Europa zu Besetzungskampfen gekommen. Doch die Situation hat sich verändert: Die letzten Liz-StudentInnen sind verschwunden, Bologna ist zur Normalität geworden.

Dass zielgerichtete Protestaktionen Wirkung haben können, zeigte das Beispiel der Uni Genf von vor etwa einem Jahr. Im September 2016 hatte das Rektorat dort die Einführung einer Einschreibgebühr von 50 Franken für SchweizerInnen und 150 Franken für StudentInnen aus anderen Ländern angekündigt. Etwa drei Monate später besetzten rund 200 StudentInnen das Rektorat. Bereits am nächsten Tag gab das Rektorat seine Pläne wieder auf. Doch um dieses Level von Militanz zu erreichen, muss die derzeit entstehende Bewegung noch etwas zulegen.